



BU 180 / 2018

Stadt Weinstadt
Prüfungsamt

Bericht
über die
örtliche Prüfung

Jahresrechnung
2017



Vorblatt

Stadt		Weinstadt
Einwohnerzahl	(Stand 30.06.2016) (Stand 30.06.2017)	26.904 26.843 ¹⁾
Leiter der Verwaltung seit 13.12.2016		Oberbürgermeister Scharmann
Erster Beigeordneter seit 07.02.2011		Erster Bürgermeister Deißler
Fachbediensteter für das Finanzwesen seit 01.03.2006		Herr Weingärtner
Leiter des Prüfungsamts seit 01.12.2012		Herr Ißler
Datenschutzbeauftragte seit 01.12.2014 von 19.07.2016 bis 31.03.2017		Frau Sartorius Frau Hampele

¹⁾ Den Vergleichszahlen in €/Ew. liegt die Einwohnerzahl zum 30.06.2017 zugrunde.
Einwohnerzahlen auf Basis Zensus 2011

	Impressum
Herausgeber	Stadt Weinstadt Prüfungsamt
Stand	29. August 2018
Kontakt	Stadt Weinstadt Prüfungsamt Dietmar Ißler Traubenstraße 2 71384 Weinstadt Tel.: 07151 / 693-101 rpa@weinstadt.de



Inhaltsverzeichnis

Vorblatt	2
Inhaltsverzeichnis	3
I. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	5
1 Gesamtwirtschaftliche Lage	5
2 Entwicklung der Kommunal Finanzen	5
II. Örtliche Prüfung	6
3 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2016	6
4 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2017	6
5 Örtliche Prüfung der Eigenbetriebe	7
6 Weitere Aufgaben	7
III. Überörtliche Prüfung	7
7 Allgemeine Finanzprüfung der Wirtschaftsjahre 2011 – 2014	7
8 Überörtliche Prüfung der Bauausgaben 2014 – 2017	7
IV. Haushaltswirtschaft der Stadt	8
9 Jahresrechnung 2016	8
10 Haushaltssatzung 2017	8
11 Jahresrechnung 2017	8
12 Kassenmäßiger Abschluss	8
13 Rechnungsergebnis	8
14 Haushaltsvolumen und Planvergleich	9
15 Kassenreste	9
16 Haushaltsreste	9
V. Verwaltungshaushalt	10
17 Realsteuern	10
18 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	11
19 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	11
20 Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	11
21 Finanzzuweisungen	11
22 Umlagen	11
23 Verwaltungs- und Betriebsbereich	12
24 Betriebseinnahmen	12



25	Betriebsausgaben	12
26	Sonstige Finanzausgaben (ohne Zuführung zum VmH)	16
27	Gesamtverlauf	16
28	Zuführung zum Vermögenshaushalt	17
29	Netto-Investitionsrate	17
VI.	Vermögenshaushalt	18
30	Investitionen.....	18
31	Rücklagen.....	18
32	Liquidität	18
33	Vermögensrechnung.....	18
34	Schuldenstand	18
VII.	Wesentliche Ergebnisse der örtlichen Prüfung	20
35	Personalwesen	20
36	Feuerwehr	20
37	Friedrich-Schiller-Schule	20
38	Nahwärmeversorgung Bildungszentrum	20
39	Energiemanagement.....	20
40	VOB	20
41	HOAI.....	20
42	Städtebauliche Sanierungen	21
43	Kassenprüfungen.....	21
44	Sonstige Einrichtungen	21
VIII.	Abschließendes Ergebnis der Prüfung.....	21
Anlage 1	Kennzahlen der Finanzwirtschaft.....	22
Anlage 2	Kassenbestand.....	23
Anlage 3	Verzeichnis der Prüfberichte.....	24



I. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

1 Gesamtwirtschaftliche Lage

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war 2017 durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum von +2,2% gegenüber dem Vorjahr gekennzeichnet, was sich in weiterhin rückläufigen Arbeitslosenzahlen niederschlug. Die Arbeitslosenquote sank im Jahresdurchschnitt auf 5,7%.

Die Verbraucherpreise sind durch die wieder steigenden Energiepreise (+3,1%; 2016: -5,4%; 2015: -7%) mit +1,7% erstmals seit 3 Jahren wieder etwas kräftiger gestiegen.

Quellen: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 03/2018

2 Entwicklung der Kommunalfinanzen

Die nachfolgenden Ausführungen berücksichtigen die baden-württembergischen Gemeinden, Städte, Stadt- und Landkreise sowie den Kommunalverband für Jugend und Soziales jeweils ohne Eigenbetriebe.

Durch deutlich steigende Steuereinnahmen und moderate Ausgabenzuwächse verbesserte sich der Finanzierungssaldo 2017 leicht auf 1,3 Mrd. €.

Die niedrigen Ausgabensteigerungen waren u.a. auf insgesamt nur geringe Zuwächse bei den laufenden Sachausgaben und auf einen Rückgang der Investitionsausgaben zurückzuführen.

Für die nächsten Jahre wird ein weiterhin robustes Wirtschaftswachstum mit entsprechend positiven finanzwirtschaftlichen Auswirkungen prognostiziert, trotzdem ist für 2018 und 2019 jeweils mit einem Rückgang des Finanzierungssaldos zu rechnen.

Einnahmen

Die Nettosteuerereinnahmen stiegen auf rd. 15,7 Mrd. € (Vorjahr rd. 14,5 Mrd. €). Mit einer Steigerung von rd. 7,9 % bei den Steuereinnahmen liegt Baden-Württemberg, im Gegensatz zu 2016, deutlich über der Entwicklung in den Flächenländern (+6,9 %). Auch die weiteren Einnahmen sind größtenteils gestiegen oder zumindest stabil geblieben.

Größte Einzelposten waren mit hohen Zuwächsen und Einnahmen von jeweils rd. 6,4 Mrd. € der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die Gewerbesteuer. Die Grundsteuer und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer trugen mit 1,8 Mrd. €, bzw. 0,8 Mrd. € zum guten Ergebnis bei, die Bagatellsteuern erreichten eine Höhe von 353 Mio. €.

Die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten blieben mit rd. 2,3 Mrd. € konstant.

Leicht gesunken sind insgesamt die Zuweisungen, Zuschüsse und Erstattungen vom Land, wofür aber einzig die Erstattungen und laufenden Zuweisungen vom Land an die Landkreise ursächlich sind. Die Zuweisungen an die Kommunen sind nochmals deutlich gestiegen.

Die Einnahmen des Vermögenshaushalts sind nach dem Rückgang 2016 in 2017 wieder leicht gestiegen.



Ausgaben

Die Steigerung der bereinigten Gesamtausgaben hat sich auch 2017 fortgesetzt, allerdings hat sie sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich abgeflacht. Sie resultiert einzig aus einer Zunahme bei den laufenden Ausgaben, die Ausgaben des Vermögenshaushalts sind insgesamt zurückgegangen.

Die Personalausgaben stiegen in Baden-Württemberg um durchschnittlich 4,5 %. Wie bereits 2016 wurde dies sowohl durch die Tariferhöhungen, als auch durch den gestiegenen Personalbestand, insbesondere in den Bereichen Bildung und Betreuung, verursacht.

Die laufenden Sachausgaben stiegen um rd. 2,1 % auf 7,1 Mrd. €, dies liegt deutlich unter den Steigerungsraten der Vorjahre. Das unverändert niedrige Zinsniveau hat dazu beigetragen, dass die Zinsausgaben weiter zurückgingen. Der aus dem Verhältnis von Zinsausgaben und dem Kreditbestand errechnete durchschnittliche Zinssatz betrug noch 2,80 %. Kehrseite des niedrigen Zinsniveaus ist, dass aus Geldanlagen kaum Zinserträge erzielt werden können.

Die überdurchschnittliche Steigerung der Ausgaben für soziale Leistungen hat sich nicht fortgesetzt, die Steigerung betrug 2017 vergleichsweise moderate 3,9 %.

Die Ausgaben des Vermögenshaushalts sind 2017 spürbar zurückgegangen, nur bei den kreisangehörigen Gemeinden kam es noch zu einer leichten Steigerung. Schwerpunkt dürften neben Investitionen in die Anschlussunterbringung noch Investitionen in die Straßen- und Verkehrsinfrastruktur sowie den Bildungs- und Betreuungsbereich gewesen sein.

Quelle: GPA: Geschäfts- und Kommunalfinanzbericht 2018

II. Örtliche Prüfung

3 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2016

Prüfungsverfahren abgeschlossen

Die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2016 wurde mit dem Schlussbericht vom 25.08.2017 abgeschlossen. Der Gemeinderat hat den Schlussbericht zur Kenntnis genommen und die Jahresrechnung 2016 festgestellt.

4 Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2017

Keine nennenswerten Feststellungen

Das Prüfungsamt hat die Jahresrechnung vor deren Feststellung durch den Gemeinderat zu prüfen (§ 110 Abs. 1 GemO). Es fasst seine Feststellungen in einem Schlussbericht zusammen, der dem Gemeinderat vorzulegen ist.

Grundlage für die Prüfung waren der Ausdruck der Jahresrechnung vom 14.06.2018 und der dazugehörige Rechenschaftsbericht der Finanzverwaltung (BU 152/2018).

Zur Vorbereitung der Prüfung wurden Maßnahmen bereits während des Jahres begleitend geprüft. Hierfür wurden im Prüfungszeitraum verschiedene Vorgänge nach Schwerpunkten und Stichproben ausgewählt (vgl. Anlage 3). Auch die Ergebnisse dieser Prüfungen wurden bei der Prüfung der Jahresrechnung berücksichtigt.



5 Örtliche Prüfung der Eigenbetriebe

Berichte sind erstellt

Die Stadt hat zur Erfüllung ihrer Aufgaben die Eigenbetriebe „Stadtwerke Weinstadt“ und „Stadtentwässerung Weinstadt“ gebildet, deren Jahresabschlüsse ebenfalls der örtlichen Prüfung unterliegen (§ 111 GemO).

Über diese Prüfungen wurden gesonderte Berichte erstellt.

6 Weitere Aufgaben

Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen nahm das Prüfungsamt weitere Aufgaben wahr:

- Organisatorische Bearbeitung der überörtlichen Prüfung durch die GPA
- Kassenüberwachung beim Wasserverband Endersbach-Rommelshausen
- Prüfung und begleitende Beratung der Remstal-Route e.V.
- Prüfung des WeinStadtMarketing w.V.
- Prüfung des Zuschusses an den Ausländerbeirat
- Prüfung und begleitende Beratung beim Abendgymnasium Unteres Remstal
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe „IKZ-Revision Rems-Murr-Kreis“
- Mitwirkung in der Arbeitsgemeinschaft der Rechnungsprüfungsämter Stuttgart/Tübingen
- Beauftragte für den Datenschutz (Frau Sartorius / Frau Hampele)

Neben den Prüfungsaufgaben haben die Beratungsaufgaben große Bedeutung. Sie sind eine notwendige Ergänzung zur Prüfung und tragen zur Förderung der Leistungsfähigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung im Vorfeld von Entscheidungen bei. Dabei kann selbstverständlich nicht die Sachbearbeitung für die Fachämter übernommen werden. Da eine Prüferstelle 2017 für ein Jahr nicht wiederbesetzt werden konnte mussten hier Einschränkungen gemacht werden.

III. Überörtliche Prüfung

7 Allgemeine Finanzprüfung der Wirtschaftsjahre 2011 – 2014

Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) hat 2016 eine turnusmäßige überörtliche Prüfung der Kassen-, Haushalts- und Rechnungsführung der Stadt und der Eigenbetriebe durchgeführt.

Der Gemeinderat wurde am 20.07.2017 über den Eingang des Prüfungsberichts und die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung informiert (BU 106/2017).

Die Stellungnahmen wurden am 11.12.2017 der GPA übersandt. Die Abschlussbestätigung durch das Regierungspräsidium Stuttgart steht noch aus.

8 Überörtliche Prüfung der Bauausgaben 2014 – 2017

2018 erfolgte die überörtliche Prüfung der Bauausgaben bei der Stadt und den Eigenbetrieben durch die GPA.

Der Prüfungsbericht ist bis zum Redaktionsschluss dieses Berichts noch nicht eingegangen.



IV. Haushaltswirtschaft der Stadt

9 Jahresrechnung 2016

Verfahren abgeschlossen

Der Gemeinderat hat die Jahresrechnung 2016 am 05.10.2017 festgestellt. Der Feststellungsbeschluss wurde am 18.10.2017 ortsüblich bekannt gegeben und die Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht anschließend öffentlich ausgelegt.

Mit Schreiben vom 10.11.2017 wurde der Feststellungsbeschluss dem Regierungspräsidium Stuttgart und der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg mitgeteilt.

10 Haushaltssatzung 2017

Haushaltssatzung rechtmäßig erlassen

Die Haushaltssatzung soll der Rechtsaufsichtsbehörde spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres vorliegen (§ 81 Abs. 2 GemO).

Der Gemeinderat hat die Haushaltssatzung 2017 am 22.02.2017 beschlossen. Mit Erlass vom 31.03.2017 hat das Regierungspräsidium Stuttgart die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt und die erforderlichen Genehmigungen erteilt.

Die Haushaltssatzung wurde am 12.04.2017 öffentlich bekannt gemacht und zusammen mit dem Haushaltsplan vom 08.04.2017 bis 27.04.2017 öffentlich ausgelegt.

11 Jahresrechnung 2017

Jahresrechnung rechtzeitig aufgestellt

Die Jahresrechnung wurde am 14.06.2018 aufgestellt und durch den Rechenschaftsbericht erläutert. Alle geforderten Bestandteile und Anlagen sind enthalten.

Die Feststellung durch den Gemeinderat kann nach Kenntnisnahme dieses Berichts erfolgen.

12 Kassenmäßiger Abschluss

Kassenbestand gestiegen

Der kassenmäßige Abschluss (Jahresrechnung S. 6) wurde am 14.06.2018 erstellt und vom Fachbediensteten für das Finanzwesen unterschrieben. Der Kassenbestand der Stadt stieg um 796.275,93 € auf

9.097.152,69 €.

Der Nachweis des Kassenbestands ist in Anlage 2 dargestellt.

13 Rechnungsergebnis

Rücklagenzuführung

Das gute Ergebnis im Verwaltungshaushalt und die Tatsache, dass wegen der Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht beim Jahresabschluss 2017 keine Haushaltsreste gebildet werden konnten, führten zu einem Überschuss von **7.693.214,48 €**, welcher der allgemeinen Rücklage zugeführt wurde.

Die nicht als Haushaltsrest übertragenen Mittel wurden im Haushaltsplan 2018 erneut veranschlagt.



14 Haushaltsvolumen und Planvergleich

80.826.595 €

Haushaltsvolumen 1,4 Mio. € über Plan

Mehreinnahmen im Verwaltungshaushalt wurden bei Steuern und Schlüsselzuweisungen (+3,2 Mio. €), sowie bei den Verwaltungs- und Betriebseinnahmen (+0,9 Mio. €) erzielt. Sie flossen zusammen mit den geringeren Personal- und Sachausgaben in die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt ein.

Das Ergebnis im Vermögenshaushalt blieb hinter den Planwerten zurück, durch die Auflösung der Haushaltsreste ergab sich bei den Baumaßnahmen sogar ein „negatives“ Investitionsvolumen. Das Rechnungsergebnis beruht im Wesentlichen auf der Rücklagenzuführung und den Ausgaben für Grunderwerb.

	HH-Plan €	Rechnungsergebnis €	Differenz	
			€	%
VwH	66.420.000	70.412.218	3.992.218	6,0%
VmH	12.970.300	10.414.377	- 2.555.923	-19,7%
Gesamt-HH	79.390.300	80.826.595	1.436.295	1,8%

15 Kassenreste

Verwaltungshaushalt

	Kasseneinnahmereste		Kassenausgabereiste		Differenz	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %
2015	856.819	1,4%	18.976	0,0%	837.843	1,4%
2016	887.648	1,3%	602.907	0,9%	284.741	0,4%
2017	369.091	0,5%	41.292	0,1%	327.799	0,4%

Die Angaben in % zeigen den Anteil am Volumen des Verwaltungshaushalts.

Die Kasseneinnahmereste im Verwaltungshaushalt sind gesunken (-518 T€). Ursache war u.a., dass auf die Verwaltungskostenbeiträge der Eigenbetriebe bereits Abschlagszahlungen geleistet wurden. Dasselbe gilt für den Straßenentwässerungsanteil bei den Ausgabereisten.

Die wesentlichen Positionen sind im Rechenschaftsbericht (S. 12) dargestellt und erläutert.

Die ordnungsgemäße Abwicklung der Kasseneinnahmereste (Forderungen) wurde von der GPA geprüft, dabei wurde der Stadtkasse vorbildliche Arbeit attestiert.

Vermögenshaushalt

	Kasseneinnahmereste		Kassenausgabereiste		Differenz	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %
2015	1.097.429	11,7%	13.035	0,1%	1.084.394	11,6%
2016	23.876	0,2%	5.772	0,0%	18.104	0,2%
2017	13.116	0,0%	0	0,0%	13.116	0,0%

Die Angaben in % zeigen den Anteil am Volumen des Vermögenshaushalts.

Es handelt es sich im Wesentlichen um einen noch offenen Erschließungsbeitrag.

16 Haushaltsreste

Haushaltsreste wurden wegen der Umstellung ins neue Haushaltsrecht nicht gebildet.



V. Verwaltungshaushalt

Steuereinnahmen und Finanzausgleich

Steuern, Finanzausweisungen und die nach Abzug der steuerkraftabhängigen Umlagen verbleibenden Netto-Steuereinnahmen haben sich weiter positiv entwickelt.

	2015	2016	2017
Steuern	35.701.476	37.893.222	40.657.785
Finanzausweisungen	10.689.531	11.895.241	12.299.806
Finanzumlagen ¹⁾	-22.259.805	-22.966.777	-23.590.918
Netto-Steuereinnahmen	24.131.202	26.821.686	29.366.673
Pro Einwohner	913	1.014	1.094

¹⁾ ohne Umlage Verband Region Stuttgart (bei sonstige Finanzausgaben)

Die Netto-Steuereinnahmen sind um 2,5 Mio. € gestiegen. Die Mehreinnahmen gegenüber 2016 resultieren aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+2 Mio. €) und der Gewerbesteuer (+0,4 Mio. €). Von den Steuern und Finanzausweisungen verblieben nach Abzug der steuerkraftabhängigen Umlagen 55 % bei der Stadt.

17 Realsteuern

Istaufkommen 18.998.328 €

	GrdSt. A	GrdSt. B	Gew.St	Realsteuern
2015	101.551	4.687.936	12.262.635	17.052.122
2016	98.070	5.157.219	13.364.660	18.619.949
2017	93.671	5.186.919	13.717.738	18.998.328

Das Istaufkommen der Realsteuern fließt in die Ermittlung der Steuerkraft des zweitfolgenden Jahres ein und wird somit beim Finanzausgleich 2019 berücksichtigt. Die Steigerung ergab sich durch steigende Gewerbesteuereinnahmen. Die Kassenreste bei der Gewerbesteuer verringerten sich um 81 T€.

Soll-Einnahmen 18.923.149 €

	GrdSt. A	GrdSt. B	Gew.St	Realsteuern
2015	101.546	4.696.581	12.203.567	17.001.694
2016	97.113	5.153.678	13.285.131	18.535.922
2017	93.834	5.192.561	13.636.753	18.923.148

Die Soll-Einnahmen der Realsteuern stiegen bei gleichbleibenden Hebesätzen im Vorjahresvergleich um rd. 387 T€, was im Wesentlichen auf höhere Gewerbesteuereinnahmen zurückzuführen war.

Bei den Grundsteuerhebesätzen liegt Weinstadt in der Region Stuttgart im Mittelfeld, bei der Gewerbesteuer im oberen Drittel.



18 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 19.288.359 €

Steigerung gegenüber Vorjahr

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bleibt die wichtigste Einnahmequelle der Stadt. Das Rechnungsergebnis lag durch die höhere Verteilungsmasse um 1,4 Mio. € über dem Planansatz und um rd. 2 Mio. € über dem Vorjahresergebnis. Das Pro-Kopf-Aufkommen lag bei 719 €/Ew, damit nimmt Weinstadt einen der vorderen Plätze in der Region Stuttgart ein.

Ab 2018 gelten für die Verteilung neue Schlüsselzahlen, dabei hat Weinstadt Anteile verloren. Die Einbußen liegen bei der aktuell prognostizierten Verteilungsmasse bei rd. 1 Mio. €.

19 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer 1.496.373 €

Steigerung

Da der auf die Gemeinden entfallende Anteil an der Umsatzsteuer nochmals gestiegen ist, erhöhten sich die Einnahmen in Weinstadt um 292 T€. Das Pro-Kopf-Aufkommen lag bei 56 €/Ew.

Auch beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer gelten ab 2018 neue Schlüsselzahlen, die für Weinstadt mit Einbußen von 100 T€ gegenüber der bisherigen Schlüsselzahl verbunden sind.

Quellen: Haushaltsanalyse IHK 2017

StaLA BW: Steuereinnahmen der Gemeinden in Baden-Württemberg vom 18.01.2018

20 Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen 949.905 €

Vergnügungssteuer steigt weiter

Als Bemessungsgrundlage für die Vergnügungssteuer wird das Einspielergebnis herangezogen. Seit dem 01.04.2016 beträgt der Steuersatz 25 %. Die Einnahmen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 54 T€ auf 833 T€.

Durch die Hundesteuer konnten Einnahmen in Höhe von 107 T€ erzielt werden (+2 T€).

21 Finanzausweisungen 12.299.806 €

Steigerung

Die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich sind insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 404 T€ gestiegen. Maßgeblichen Anteil hieran hatten die Schlüsselzuweisungen, diese haben sich um 316 T€ auf 8,3 Mio. € erhöht.

22 Umlagen 23.732.333 €

Umlagebelastung weiter gestiegen

Die Umlagen stiegen durch die höhere Steuerkraftsumme um 635 T€. Entlastend wirkten sich der auf 36,6% (2016: 38,5%) abgesenkte Hebesatz der Kreisumlage und der geringere Hebesatz für die Gewerbesteuerumlage (68,5%; 2016: 69%) aus.

Jahr	Gewerbesteuerumlage	FAG-Umlage	Kreisumlage	Region Stuttgart	Summe Umlagen
2015	2.428.411	7.490.251	12.341.143	136.545	22.396.350
2016	2.492.478	7.594.225	12.880.073	130.671	23.097.447
2017	2.346.651	8.119.902	13.124.365	141.415	23.732.333



23 Verwaltungs- und Betriebsbereich

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben:

	2015	2016	2017
Betriebseinnahmen in €	11.256.355	12.259.151	12.777.324
davon			
Gebühren und ähnliche Entgelte	2.691.246	3.037.581	3.129.449
Mieten, Pachten, Verkaufserlöse, Erstattungen	2.617.633	3.054.269	3.028.809
Zuweisungen / Zuschüsse	4.456.561	4.709.212	5.170.333
Sonstige Einnahmen einschl. Zinsen	1.490.916	1.458.089	1.448.733
Betriebsausgaben in €	30.835.499	33.312.266	33.739.371
davon			
Personalausgaben	17.700.580	19.104.183	19.501.091
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	10.642.927	11.646.516	11.710.779
Zuweisungen / Zuschüsse	2.121.821	2.163.756	2.180.581
Sonstige Ausgaben einschl. Zinsen	370.171	397.811	346.920
Zuschussbedarf in €	19.579.144	21.053.115	20.962.047
in €/Ew.	74	783	781

Die Entwicklung der Einnahme- und Ausgabegruppen gegenüber den Planansätzen ist im Rechenschaftsbericht ausführlich erläutert (Einnahmen S. 42-53, Ausgaben S. 54-65).

24 Betriebseinnahmen 12.777.323 €

Betriebseinnahmen um 518 T€ (+4,29%) gestiegen

Bei den Verwaltungs- und Betriebseinnahmen wurden gegenüber dem Vorjahr insbesondere bei den Gebühreneinnahmen (+92 T€) und den laufenden Zuweisungen und Zuschüssen (+461 T€) Mehreinnahmen erzielt.

Gegenüber dem Haushaltsplan stiegen vor allem die Baugenehmigungs- und Bestattungsgebühren. Höhere Zuweisungen und Zuschüsse wurden für die Kinderbetreuung und für die Integrationsarbeit gewährt.

Unter der Position Mieten und Pachten sind die Nutzungsentgelte für Obdachlosenunterkünfte deutlich gestiegen, dafür gingen die sonstigen Betriebseinnahmen und die Erstattungen zurück.

25 Betriebsausgaben 33.739.371 €

Steigerung um 427 T€ (+1,3%)

Personalausgaben 19.501.091 €

Steigerung um 397 T€ (+2,1%),

Stellenplan	Beamte	Beschäftigte	Stellen insgesamt
2016	40,75	266,60	307,35
2017	38,80	267,35	306,15
2018	41,25	285,60	326,85

Quelle: Stellenplan der Stadt Weinstadt – Darstellung in Vollzeitstellen

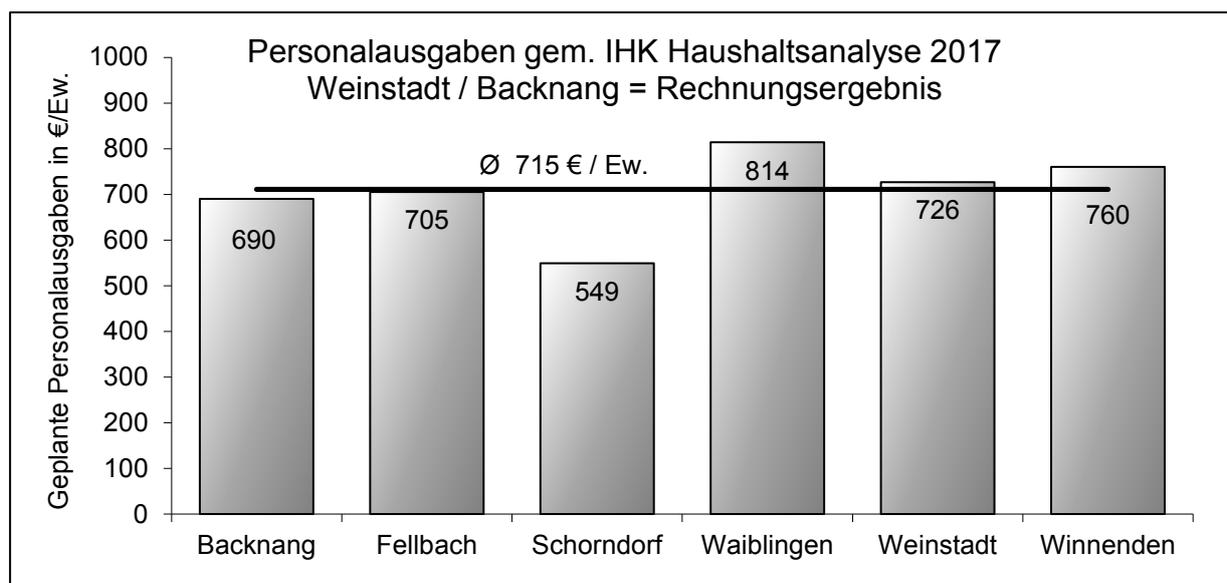
Die Stellenreduzierung bei den Beamten entstand durch die Umwandlung von Beamten- in Beschäftigtenstellen sowie den Wegfall einer Stelle.

Die Stellenzahl für Beschäftigte veränderte sich durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen. Für die Kindertageseinrichtungen wurden zusätzliche Stellen geschaffen, gleichzeitig wurden aber auch Stellen durch Fremdvergabe der Reinigung gestrichen.

	Personalausgaben €	Änderung gg. Vorjahr in €	Änderung gg. Vorjahr in %	Anteil am VwH	€ / Ew.
2016	19.104.183	1.403.604	7,9%	28,7%	722
2017	19.501.091	396.908	2,1%	27,7%	726
2018	20.852.200	1.351.109	6,9%		

Die Steigerung der Personalausgaben lag unter dem Landesdurchschnitt (+4,5 %). Der Haushaltsansatz wurde um 448 T€ unterschritten. Die Ursachen sind im Rechenschaftsbericht (S. 54) erläutert.

Problematisch sind Personalkosten-„einsparungen“ zu sehen, die sich ergeben, weil offene Stellen oft über Monate nicht wiederbesetzt werden können, dies führt zwangsläufig zu Arbeitsrückständen und Qualitätseinbußen.



Quelle: Haushaltsanalyse IHK-Stuttgart 2017

Sächlicher Aufwand

16.388.082 €

Steigerung um 121 T€ (+0,7 %)

Jahr	insgesamt	€/Ew.	Änderung gg. Vorjahr %	Anteil am Volumen VwH	Ohne kalk. Kosten und innere Verrechnungen Gesamt	€/Ew.
2015	15.081.364	570	3,6%	24,3%	10.642.927	402
2016	16.266.856	605	7,9%	24,4%	11.646.516	433
2017	16.388.082	611	0,7%	23,3%	11.710.779	436

Die wesentlichen Positionen der einzelnen Ausgabegruppen sind im Rechenschaftsbericht der Finanzverwaltung beschrieben (S. 55 – 59), auf diese Ausführungen wird verwiesen.

Für die Unterhaltung von Gebäuden, Außenanlagen und sonstigem unbeweglichen Vermögen wurden insgesamt rd. 2,86 Mio. € ausgegeben. Schwerpunkt der Maßnahmen waren auch 2017 Schulen, Kindertageseinrichtungen und Hallen.

Energieausgaben

1.184.292 €

Energieausgaben gesunken

	2015	2016	2017
	€	€	€
Heizbrennstoffe	487.371	497.904	451.501
Strom	380.488	404.058	418.131
Betriebsstrom	341.445	333.367	297.440
Betriebsbrennstoffe	14.186	17.213	17.219
Summe	1.223.489	1.252.541	1.184.292
€/Ew.	46	47	44
Änderung gg. Vorjahr in €	26.306	29.053	-68.250
Änderung gg. Vorjahr in %	2,2 %	2,4%	-5,4%

Die Energieausgaben sanken um 5,4 %, die Planansätze wurden um insgesamt 222 T€ unterschritten. Da nicht bei allen städtischen Einrichtungen eine Rechnungsabgrenzung erfolgt, lassen die Energieausgaben für sich betrachtet keine Rückschlüsse auf den Verbrauch zu.

Der Preis für Gas ist 2017 nochmals zurückgegangen, der Strompreis und der Ölpreis sind gestiegen.

Heiz- und Betriebsbrennstoffe

Die Ausgaben für Heizbrennstoffe sind um 46 T€ gesunken, ohne Bezug zum Energieverbrauch sind jedoch keine verlässlichen Aussagen möglich, hier dürfte aber auch der geringere Gaspreis eine Rolle gespielt haben. Ausgaben für Betriebsbrennstoffe fallen im Stiftsbad an.

(Betriebs-) Strom

Die Ausgaben für Strom sind insgesamt um 14 T€ gestiegen, die höchsten Steigerungen waren an den weiterführenden Schulen und in den Museen festzustellen. Einsparungen ergaben sich im Kinderhaus Benzach und in der Grundschule Strümpfelbach.

Betriebsstrom wird für Flutlichtanlagen, in den Bädern und für die Straßenbeleuchtung verbraucht, beim Stiftsbad (-6 T€) und bei der Straßenbeleuchtung (-29 T€) fielen geringere Ausgaben an als im Vorjahr.

Kostenrechnende Einrichtungen

Zuschussbedarf 8,2 Mio. €

Im Vorjahresvergleich wurden Mehreinnahmen von 313 T€ erzielt, gleichzeitig fielen auch um 554 T€ höhere Ausgaben an, so dass der Zuschussbedarf insgesamt auf 8,2 Mio. € anstieg. Die Gesamtkostendeckungsquote stieg auf 42,1 % (2015: 41,5 %).

Insbesondere bei den Hallen ist durch die Dachsanierung der Schnaiter Halle wieder ein deutlicher Anstieg des Zuschussbedarfs zu verzeichnen (+13 %). Noch deutlicher, aber betragsmäßig geringer war die Steigerung des Zuschussbedarfs im Bestattungswesen (+49 %) und für die Grundschülerbetreuung (+34 %). Vergleichsweise moderat fiel sie durch die höheren Zuweisungen im Bereich der Kinderbetreuung aus (+1,3 %; +75 T€).

Die folgenden Einrichtungen bilden 99 % des Zuschussbedarfs ab.

Kostendeckungsgrad öffentlicher Einrichtungen	2016		2017		Zuschussbedarf	
	mit kalk. Kosten	ohne kalk. Kosten	mit kalk. Kosten	ohne kalk. Kosten	gesamt €	€/Ew.
	Grundschülerbetreuung	76,1%	76,1%	71,0%		
Kindertageseinrichtungen	42,0%	44,6%	43,3%	45,8%	6.038.257	225
Bäder	11,9%	16,5%	12,1%	16,7%	759.009	28
Bestattungswesen	89,2%	129,8%	84,4%	121,9%	108.122	4
Hallen	21,3%	37,1%	20,2%	32,2%	1.100.821	41
Summe	41,5%	47,1%	42,0%	47,3%	8.129.383	303

Beim Kostendeckungsgrad ohne kalkulatorische Kosten sind Erträge aus der Auflösung von Beiträgen und Aufwendungen für kalkulatorische Zinsen sowie Abschreibungen, die im Haushalt lediglich verrechnet werden, nicht berücksichtigt.

Zuschussbedarf

Schülerbetreuung an Grundschulen

Der Zuschussbedarf stieg auf 123 T€ (+31 T€). Die höheren Gebühreneinnahmen (+14 T€) waren nicht ausreichend um steigende Ausgaben für Personal und Lebensmittel zu decken. Gebührenanpassungen zum 01.09.2018 und 01.09.2019 sind beschlossen (BU 66/2018).

Der Kostendeckungsgrad sank auf 71%.

Kindertageseinrichtungen

Der Zuschussbedarf stieg auf knapp über 6 Mio. € (+75 T€). Steigenden Gebühreneinnahmen und Zuschüssen standen Mehrausgaben für Personal, Gebäudeunterhaltung und innere Verrechnungen (Verwaltungskostenbeiträge) gegenüber.

Gebührenanpassungen zum 01.09.2018 und zum 01.09.2019 sind beschlossen (BU 71/2018).

Der Kostendeckungsgrad stieg leicht an auf 43%.

Bäder

Der Zuschussbedarf der Bäder sank um 21 T€ auf 759 T€. Hierin sind noch 200 T€ für das Cabrio enthalten.

Bei gleichbleibenden Benutzungsgebühren führten geringere Ausgaben für die Gebäudeunterhaltung, sowie Verbrauchs- und Betriebsmittel zur Verbesserung des Ergebnisses.

Der Kostendeckungsgrad betrug rd. 16 %.

Bestattungswesen

Der Zuschussbedarf stieg um 36 T€ auf 108 T€

Die Bestattungsgebühren gingen um 18 T€ zurück, gleichzeitig stiegen die Ausgaben für die Gebäudeunterhaltung der Aussegnungshallen in Endersbach und Strümpfelbach sowie die Unterhaltung der Friedhofsanlagen.

Die Bestattungsleistungen wurden 2018 neu ausgeschrieben, wenn das Ausschreibungsergebnis vorliegt soll eine Neukalkulation der Gebühren erfolgen. Der Kostendeckungsgrad sank auf 84%.

Hallen



Der Zuschussbedarf der Hallen ist im Vorjahresvergleich um 125 T€ auf 1,1 Mio. € (+13 %) gestiegen.

Die Steigerung ergab sich durch höhere Ausgaben für die Gebäudeunterhaltung, im Vorgriff auf das NKHR wurden dabei auch die Ausgaben für die Flachdachsanieierung der Schnaiter Halle dem Verwaltungshaushalt zugeordnet.

Zum 01.01.2018 wurde für die Hallen eine angepasste Benutzungs- und Gebührenordnung erlassen.

Der Kostendeckungsgrad verringerte sich auf 20%.

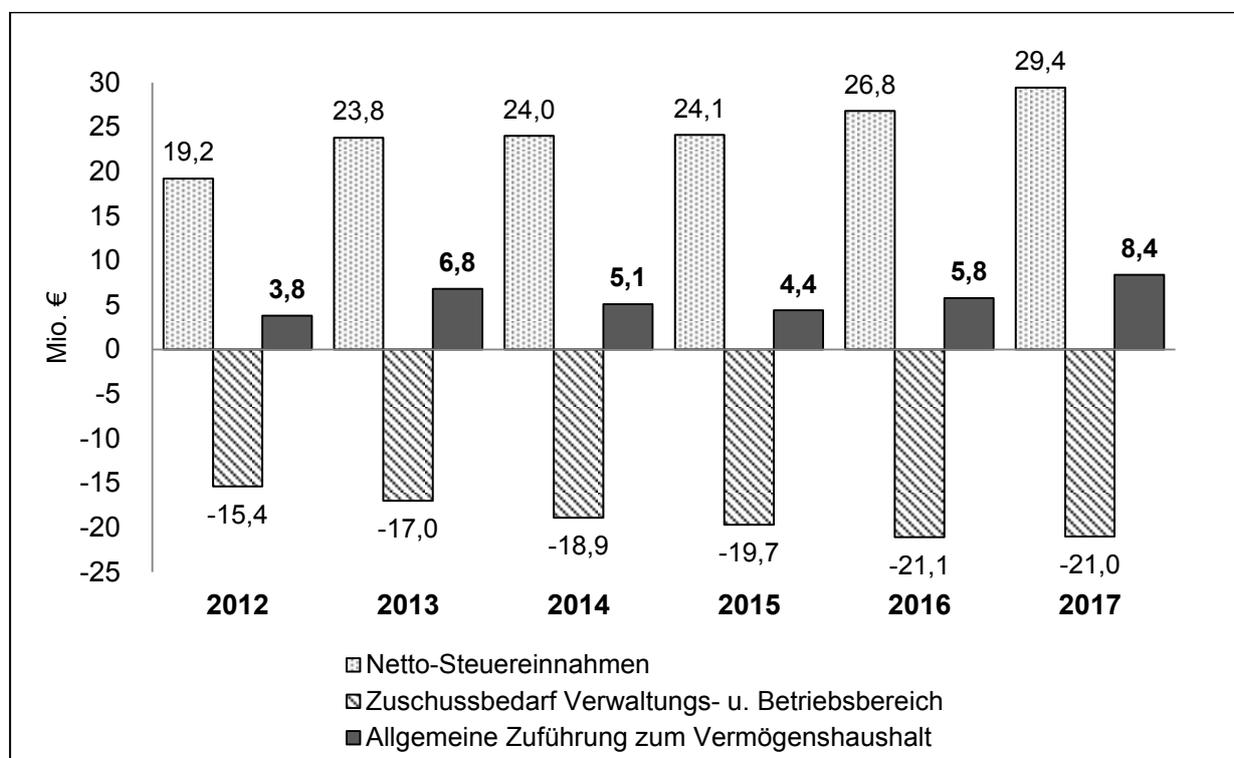
26 Sonstige Finanzausgaben (ohne Zuführung zum VmH) 23.937.837 €

Die sonstigen Finanzausgaben umfassen Zinsen, Erstattungszinsen und Umlagen (RdNr. 22), sowie als Verrechnungsposition die Zuführung an den Vermögenshaushalt.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen diese Position bedingt durch die höheren Umlagen um insgesamt 573 T€.

27 Gesamtverlauf

Die Hauptblöcke des Verwaltungshaushalts haben sich wie folgt entwickelt:



28 Zuführung zum Vermögenshaushalt

8.404.626 €

Zuführungsrate 5,6 Mio. € über Plan

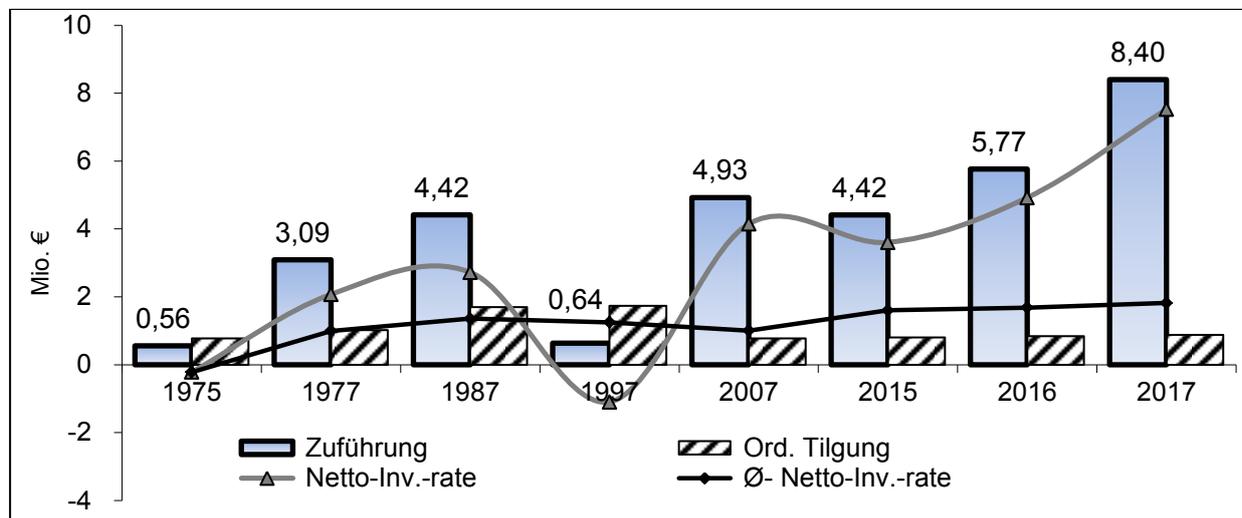
Mehreinnahmen von 4 Mio. € bei den Steuern und den Verwaltungs- und Betriebseinnahmen führten verbunden mit Minderausgaben beim Personal, beim laufenden Sachaufwand und den Zinsen gegenüber der Planung zu einer um 5,6 Mio. € höheren Zuführung an den Vermögenshaushalt. Im gleichen Umfang wurde auf die Aufnahme von Krediten verzichtet.

29 Netto-Investitionsrate

7.527.377 €

Hohe Netto-Investitionsrate

Nach Abzug der ordentlichen Tilgungen (867 T€) verblieb eine Netto-Investitionsrate von 7,5 Mio. € für Maßnahmen des Vermögenshaushalts.



Entwicklung der Netto-Investitionsrate	2015	2016	2017
Zuführung an den VmH in Mio. €	4,4	5,8	8,4
ordentliche Tilgung in Mio. €	0,8	0,8	0,9
Netto-Investitionsrate in Mio. €	3,6	4,9	7,5
in % des VmH	38	35	72
Zuführung an den VmH in €/Ew.	167	218	313
Netto-Investitionsrate in €/Ew.	136	186	280
Ø Große Kreisstädte RMK ¹⁾	234		21
Landes-Ø in €/Ew. ²⁾	261	272	328

Quellen: 1) Haushaltsanalyse IHK 2017

2) GPA: Geschäfts- und Kommunalfinanzbericht 2018 – alle Gemeinden



VI. Vermögenshaushalt

30 Investitionen 1.605.849 €

2017 wurden lt. Rechnungsergebnis insgesamt nur 1,6 Mio. € investiert, dieses Ergebnis kommt durch die Auflösung der Haushaltsausgabereste aus dem Vorjahr (6.456.400 €) zustande. Für die Bauinvestitionen ergibt sich hierbei sogar ein negatives Ergebnis von -725 T€.

Die Ist-Ausgaben für Investitionsmaßnahmen betragen 7.925.021 €, davon 5,5 Mio. € für Baumaßnahmen. Die wesentlichen Maßnahmen sind im Rechenschaftsbericht S. 71 – 73 dargestellt. Größte Einzelmaßnahmen waren Erweiterung und Sanierung der Friedrich-Schiller-Schule mit 1,9 Mio. €, Grunderwerb mit 1,6 Mio. € und die Ortskernsanierung Beutelsbach mit 0,6 Mio. €.

Das Ergebnis zeigt, dass noch nicht einmal die Haushaltsreste aus Vorjahren abgearbeitet werden konnten.

31 Rücklagen 9.537.961 €

Rücklagenzuführung

Der allgemeinen Rücklage wurden 7.693.214 € zugeführt. Im Bestand der allgemeinen Rücklage ist die Stellplatzrücklage enthalten. Die hohe Rücklagenzuführung ist im Wesentlichen Ergebnis der Auflösung der Haushaltsreste (6,5 Mio. €).

32 Liquidität

Stadtkasse stets ausreichend liquide

Die Liquidität der Stadtkasse war im Prüfungszeitraum stets gewährleistet.

Auf den Girokonten kurzzeitig nicht benötigte Kassenmittel wurden einem Geldmarktkonto zugeführt. Kassenkredite waren im Prüfungszeitraum nicht erforderlich.

33 Vermögensrechnung

Die Bestände des Anlagevermögens wurden ordnungsgemäß übertragen und entsprechend den sich aus der Buchführung ergebenden Änderungen fortgeschrieben. Bei der stichprobenhaften Überprüfung ergaben sich keine Feststellungen.

34 Schuldenstand 16.266.970 €

Schuldenabbau

Es wurde ein Kredit über 785.000 € für die Erweiterung und Sanierung der Grundschule Großheppach aufgenommen und 789.582 € getilgt. Der Schuldenstand verringerte sich um 55 T€ auf 15,74 Mio. € (= 586 €/Ew.).

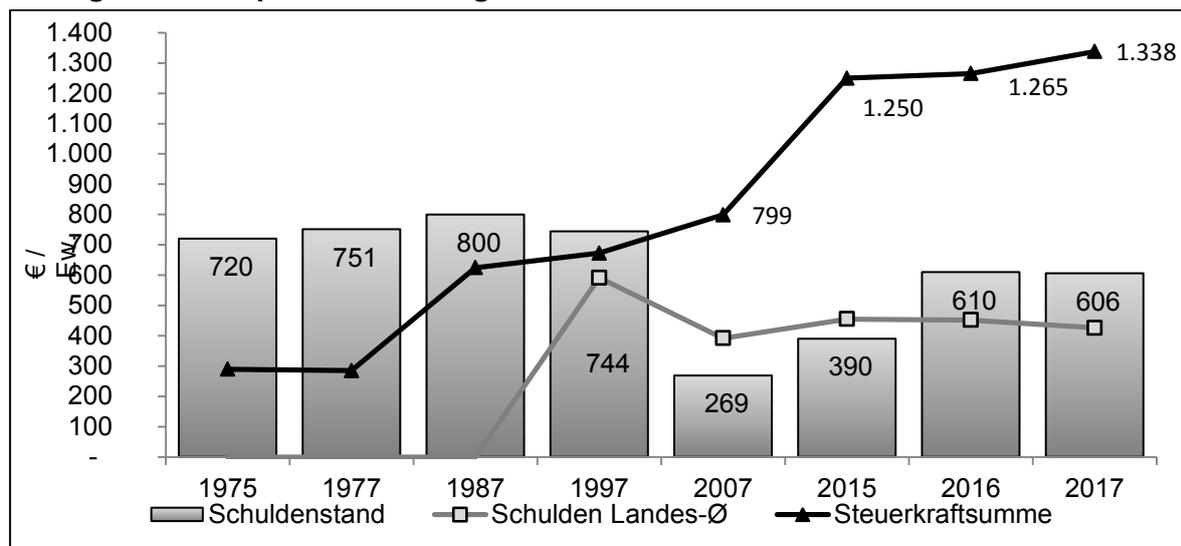
Daneben bestand noch eine Verbindlichkeit aus dem kreditähnlichen Rechtsgeschäft für die Nahwärmeversorgung im Bildungszentrum mit einem Restbetrag von 526 T€ (-87.667 €)

Insgesamt sanken die Verbindlichkeiten um 142.249 T€ auf 16.266.970 € (= 606 €/Ew. 2016 = 610 €/Ew.).

Die Zinsausgaben sanken auf 166 T€ (6 €/Ew.), ihr Anteil am Verwaltungshaushalt betrug noch 0,2%.

Zusätzlich wurde zum Erwerb des Birkel-Areals ein weiteres kreditähnliches Rechtsgeschäft (rd. 3,6 Mio. €) zur Zwischenfinanzierung abgeschlossen. Die Zinsen hierfür (19 T€) sind bei den Sanierungsausgaben nachgewiesen.

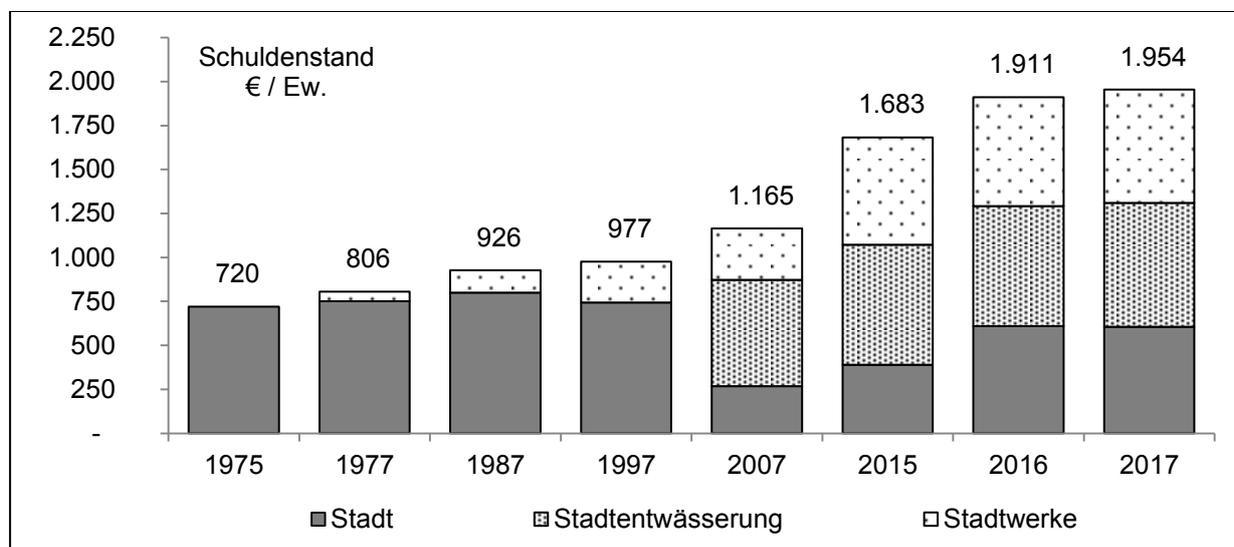
Geringere Pro-Kopf-Verschuldung



Quelle Landesdurchschnitt: Struktur- und Regionaldatenbank
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Konzernschulden gestiegen

Der Gesamtschuldenstand der Stadt einschließlich der Eigenbetriebe (ohne inneres Darlehen und Anteil der Gemeinde Korb an der Forfaitierung) stieg durch die Neuverschuldung der Eigenbetriebe Stadtentwässerung und Stadtwerke auf 52.447.587 € dies sind 1.954 €/Ew. (2016: 51,4 Mio. € = 1.911 €/Ew.).





VII. Wesentliche Ergebnisse der örtlichen Prüfung

Allgemeine Verwaltung

35 Personalwesen

2017 trat die neue Entgeltordnung zum TVöD in Kraft. Die bisherige Entgeltgruppe 9 wurde, abhängig von der früheren Bewertung nach BAT, in die Entgeltgruppen 9a, 9b und 9c aufgeschlüsselt. Diese Fälle wurden lückenlos geprüft, dabei ergaben sich keine Feststellungen.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

36 Feuerwehr

Die laufenden Vergabeverfahren wurden begleitend geprüft. In einem Fall war die Abgrenzung zwischen Kalkulationsirrtum und Erklärungsirrtum zu berücksichtigen. Im Ergebnis verblieb das Angebot in der Wertung, es war aber nicht mehr das wirtschaftlichste.

Aus dem „Feuerwehrkartell“ erhielt die Stadt noch eine Abschlusszahlung.

Schulen

37 Friedrich-Schiller-Schule

Vergabeverfahren und Ingenieurverträge wurden begleitend geprüft, die Hinweise des RPA wurden im Verfahren berücksichtigt.

Bei den Planungskosten wurden die Regelungen zu den anrechenbaren Kosten der technischen Ausrüstung weiterhin nicht richtig ausgelegt. Die angeforderten Abschlagszahlungen wurden regelmäßig gekürzt.

38 Nahwärmeversorgung Bildungszentrum

Die Heizkosten für die Nahwärmeversorgung im Bildungszentrum wurden richtig abgerechnet. Durch die Gewährung eines Baukostenzuschusses konnten, unter Berücksichtigung von Zins und Tilgung für das kreditähnliche Rechtsgeschäft, bisher rd. 160 T€ eingespart werden.

Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

39 Energiemanagement

Der Referenzwert für den Wasserverbrauch wurde in verschiedenen Einrichtungen zu hoch angesetzt. Nach Anpassung des Referenzwertes im Zuge der Prüfung ergaben sich keine Verbrauchseinsparungen und damit auch kein verbrauchsabhängiges Honorar mehr.

40 VOB

Bearbeitet wurden Anfragen zu Ausschreibungsart, Angebotswertung, Auftragsverlängerung ohne erneute Ausschreibung usw. Die Hinweise wurden im weiteren Verfahren berücksichtigt.

41 HOAI

Geprüft wurden verschiedene Architekten- und Ingenieurverträge, Schwerpunkt waren die Maßnahmen zur Remstalgartenschau.

Bei allen Planungen ist grundsätzlich darauf zu achten, dass das richtige Leistungsbild und die richtige Honorarzone zugrunde gelegt werden.



42 Städtebauliche Sanierungen

Geprüft wurden die in 2017 erstellten Verwendungsnachweise. In Einzelfällen konnten noch weitere Ausgaben zur Förderung angemeldet werden, dies ist zeitnah erfolgt.

Im Zuge der Prüfung durch die GPA war die Auslegung der Städtebauförderungsrichtlinien hinsichtlich des Zinsausgleichs zu hinterfragen. Entgegen der Auffassung der Stadt und der STEG wurde vom RP Stuttgart ein Rückforderungsbescheid erlassen. Da im Sanierungsgebiet noch weitere förderfähige Ausgaben anfallen, ergibt sich für die Stadt hieraus kein Nachteil.

Allgemeine Finanzwirtschaft

43 Kassenprüfungen

Die Prüfung der Zahlstellen und Handvorschüsse ergab keine wesentlichen Feststellungen. Kleinere Fehlbeträge wurden ersetzt, Überschüsse in der Kasse vereinnahmt. Die bisherigen handschriftlichen Aufzeichnungen wurden durch EDV-Abrechnungen ersetzt.

44 Sonstige Einrichtungen

Neben der Jahresrechnung der Stadt und den Jahresabschlüssen der Eigenbetriebe wurden auch die Jahresabschlüsse externer Einrichtungen geprüft:

- Abendgymnasium
- Remstal-Route
- Weinstadt-Marketing-Verein

Es ergaben sich keine wesentlichen Feststellungen, einzelne Hinweise des Prüfungsamts werden künftig berücksichtigt.

VIII. Abschließendes Ergebnis der Prüfung

Das Prüfungsamt hat die Jahresrechnung 2017 der Stadt Weinstadt entsprechend § 110 GemO daraufhin geprüft, ob

- bei den Einnahmen und Ausgaben, sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- der Haushaltsplan eingehalten worden ist und
- das Vermögen sowie die Schulden richtig nachgewiesen worden sind.

Die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung enthält dieser Bericht.

Aufgrund pflichtgemäßer Prüfung wird **bestätigt**, dass die Vorschriften eingehalten sind. Dem Gemeinderat wird empfohlen, die Jahresrechnung 2017 festzustellen.

Dietmar Ißler

Dietmar Ißler



Anlage 1 Kennzahlen der Finanzwirtschaft

Bezeichnung		HHJ 2017	HHJ 2016	HHJ 2015
Einwohnerzahl 30.6.		26.843	26.445	26.445
Kennzahlen	Haushaltsvolumen	80.826.595	80.930.571	71.502.584
	Verwaltungshaushalt	70.412.218	66.667.954	62.085.799
	Vermögenshaushalt	10.414.377	14.262.617	9.416.785
	Netto-Investitionsrate	7.527.377	4.923.914	3.606.742
	in €/Ew.	280	183	136
	Schuldenstand €/Ew. (Soll)	606	610	390
	Steuerkraftmesszahl €/Ew.	1.066	1.011	993
	Steuerkraftsumme €/Ew.	1.338	1.265	1.244
Verwaltungshaushalt	Einnahmen			
	Steuern	40.657.785	37.893.222	35.701.476
	Finanzzuweisungen	12.299.806	11.895.241	10.689.531
	Einn. aus Verw. und Betrieb	14.044.789	13.417.635	12.279.289
	Sonstige Finanzeinnahmen	3.409.837	3.461.856	3.415.504
	Ausgaben			
	Personalausgaben	19.501.091	19.104.183	17.700.580
	Sachaufwand	16.388.082	16.266.856	15.081.364
	Zuweisungen und Zuschüsse	2.180.581	2.163.756	2.121.821
	Zinsen	165.878	188.224	185.101
	Finanzumlagen	23.732.333	23.097.448	22.396.350
	Weitere Finanzausgaben	39.626	78.915	185.070
	Zuführung zum Verm.-HH	8.404.626	5.768.572	4.415.513
Vermögenshaushalt	Einnahmen			
	Zuführung vom Verw.-HH	8.404.626	5.768.572	4.415.513
	Rücklagenentnahme	-	11.734	478.646
	Rückflüsse von Darlehen	511	511	511
	Veräußerung Beteiligungen	-	53.500	-
	Veräußerung Vermögen	316.311	341.615	1.244.805
	Beiträge	9.203	220.496	1.704
	Zuweisungen / Zuschüsse	948.726	916.189	1.355.607
	Kredite (Soll)	735.000	6.950.000	1.920.000
	Ausgaben			
	Rücklagenzuführung	7.693.214	-	-
	Erwerb von Beteiligungen	-	-	801.500
	Investitionsausgaben	1.605.849	13.211.702	7.662.996
	Tilgung	877.249	852.657	811.824
Zuweisungen / Zuschüsse	238.065	198.259	140.465	
Kredite	Schuldenstand 31.12. (Soll)	16.266.970	16.409.219	10.311.876
	Nettokreditaufnahme (Soll)	735.000	6.097.343	1.108.176
	Tilgung	877.249	852.657	811.824
	davon außerordentliche Tilgung	10.371	7.999	3.054
	Kreditzinsen	165.863	186.001	184.066



Anlage 2 Kassenbestand

Der Kassenbestand zum 31.12.2017 ist im Kassenabschluss Nr. 311 / 2017 vom 13.06.2018 wie folgt nachgewiesen:

Kassenistbestand

Barkasse		0,00 €
Kontostand KSK Waiblingen	Kontoauszug Nr. 2018 /	79.910,82 €
Kontostand Volksbank Stuttgart	Kontoauszug Nr. 2018 /	241.670,56 €
Tagesgeld KSK Waiblingen	Kontoauszug Nr. 2018 /	8.500.000,00 €
Summe		<u>8.821.581,38 €</u>
Schwebeposten		0,00 €
bereinigter Kassenistbestand		<u><u>8.821.581,38 €</u></u>
Kassensollbestand 2017		9.097.152,69 €
Kassensollbestand 2018		-275.571,31 €
Kassensollbestand gesamt		<u><u>8.821.581,38 €</u></u>

Kassensoll- und Kassenistbestand stimmen überein.

Der Kassenbestand wurde am 13.06.2018 in die Bücher des Jahres 2018 übernommen.



Anlage 3 Verzeichnis der Prüfberichte

Amt	Prüfungsgegenstand
10	VOB, Veröffentlichungspflichten
11	Überleitungen in den TVöD
11	Kassenprüfung Bäder
23	Halde V Erschließung, Ausschreibungspflicht bei Durchführung durch KE
32	VOL, Feuerwehr, Vergabeverfahren und Abwicklung Feuerwehrtartell
50	VOL Ausschreibungspflicht Schulbücher
50	Wertung von Angeboten Essenslieferung
50	Schulentwicklungsplan Vergaberecht
50	Ausländerbeirat, Prüfung des Zuschusses 2016
60	Sanierung; Ortskern Beutelsbach III; Ortsmitte Endersbach und Birkel-Areal; Auszahlungsanträge und Zinsausgleich
61	Nationale Projekte des Städtebaus, Vergabeverfahren VOB, VOL und VOF
61	Remstal-Gartenschau Mitmach-Park Weinstadt
63	Prüfstatik, Abrechnung 2016
65	Energiemanagement Abrechnung 2014 und 2015
65	Friedrich-Schiller-Schule, Architektenverträge Gebäude, Außenanlagen
65	Nahwärmeversorgung Jahresabrechnung 2016
66	HOAI Stuttgarter Holzbrücke Vertrag Ingenieurbauwerke, Tragwerksplanung
66	VOB, Stuttgarter Holzbrücke Vergabeverfahren
66	Friedhof Strümpfelbach, Urnenstelen, Honorarabrechnung nach HOAI Örtliche Prüfung, Prüfbericht Jahresrechnung und Jahresabschlüsse 2016, Betätigungsprüfung VOB, Schwellenwerte 2018-2019 VOF, Addition von Planungsleistungen bei der Auftragswertberechnung Geschenkannahme 2016
SEW	VOB, Betonsanierung Klärwerk, Behandlung verspätet eingegangener Angebote
SEW	VOB Schönfelder Straße, Kanalisation
SEW	VOL Inliner, Roboterverfahren
SEW	VOL Kanalreinigung Jahresauftrag
SEW	VOL, Klärschlammmentsorgung, Vergabeverfahren § 132 GWB
SWW	VOB, Nahwärme Benzach, 2./3. BA, Halde V, Verfahrensbegleitung
SWW	VOB, Schönfelder Straße Wasserleitung
SWW	Kassenprüfung Stadtkasse, Stadtwerke, Stadtentwässerung, Zahlstellen und Handvorschüsse (33 Prüfungen)